



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/219 - 28.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 090

Neue Schachzüge der SED	S. 1
Moskau, Washington und die Atomkontrolle	S. 3
Zu den Herbstmanövern der NATO	S. 5

Pankows Griff nach dem Ganzen

B.Z. - Berlin

Wer die politische oder auch nur propagandistische Aktivität Bonns und Pankows auf dem Sektor der gesamtdeutschen Bemühungen gegeneinander abwägt, der muß zu dem Schluß kommen, dass Pankow die Vorhand hat. Immer deutlicher zeigt sich, dass die SED und die Sowjetzonenregierung das Dilemma der Adenauerschen Außenpolitik ausnutzen, um sich selbst als die einzigen Repräsentanten einer gesamtdeutschen Politik in Position zu setzen. Propagandistisch fällt eine solche Offensive Pankow umso leichter, als sie zu einem Zeitpunkt gestartet wird, in dem trotz des Fiaskos der EWG-Politik das offizielle Bonn seinen Blick starr auf eine bloße Ersatzlösung zu seiner so offenkundig mißglückten politischen Konzeption richtet. Je mehr in den amtlichen Äußerungen der Bundesregierung die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit bewusstseinsmäßig und auch rangmäßig in den Hintergrund tritt, desto intensiver wird der Griff Pankows nach dem ganzen Deutschland, wobei man sehr geschickt über die propagandistisch-politischen Forderungen weit hinausgeht und sich schon heute den Anschein gibt, als ob man in der Ostberliner Regierungspolitik für ganz Deutschland spricht.

Der Griff nach dem Ganzen begann bereits vor einigen Wochen, als die Pankower Regierung eine Verordnung über die Ausstellung von Auslandspässen herausgab, in der es hieß, dass die Staatsbürger ganz Deutschlands ein Recht auf die Beantragung solcher "DDR-Pässe" hätten.

Wie in den letzten Tagen bekannt wurde, hat das Zentralkomitee der SED der Sowjetzonenregierung und dem Pankower Ministerium für Arbeit die Anweisung gegeben, ein neues Gesetz der Arbeit für ganz Deutschland auszuarbeiten, in dem die in der Sowjetzone gültigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen zusammengefasst werden sollen. Wenn auch das sowjetzonale Arbeitsrecht weitgehend nur eine Angelegenheit des trockenen Papiers ist, weil die Diktatur der SED in der Zone jede Durchsetzung vernünftiger arbeitsrechtlicher Bestimmungen unmöglich macht, so ist doch mit dem Anspruch auf die Gültigkeit der an sich sehr arbeiterfreundlichen Gesetzesparagrafen in ganz Deutschland ein politisches Faktum gegeben, das angesichts der westdeutschen Situation auf diesem Gebiet nicht übersehen werden kann. Nicht zufällig wurde dem Ministerium für Arbeit und der Kommission für die Ausarbeitung dieses "gesamtdeutschen Gesetzes" die Anweisung erteilt, vor allem die sowjetzonalen Bestimmungen für den Lohnausgleich bei Krankheitsfällen und im Fall eines Betriebsunfalls, der gleichen Entlohnung für gleiche Leistung usw. in den Vordergrund zu stellen.

Dieser in der neuen Regierungspraxis deutlich zum Ausdruck kommende Anspruch Pankows, ganz Deutschland zu repräsentieren und auch die Interessen der westdeutschen Arbeiter zu vertreten, soll propagandistisch nicht nur die Bevölkerung der Sowjetzone, sondern auch Westdeutschlands beeinflussen. Die Spekulation auf die Verbitterung weiterer Arbeiterkreise über die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Haltung der Bonner Regierung ist die Grundlage, auf der Pankow mit seiner "gesamtdeutschen Gesetzgebung" Erfolge zu erzielen hofft.

Ohne Zweifel hat die SED-Regierung in Ostberlin noch mehr derartige Gesetzesvorlagen in der Vorplanung, mit denen sie angesichts der Bonner Passivität auf gesamtdeutschem Gebiet vorläufig nur propagandistisch zum Zuge zu kommen hofft. Auf der internationalen Ebene des gesamtdeutschen Problems werden diese Tendenzen Pankows auch von Moskau weitgehend unterstützt, ist doch vor kurzem aus einer Besprechung beim Zentralkomitee der SED bekannt geworden, dass die Sowjetunion bereits einen Friedensvertragsentwurf ausgearbeitet hat, der für den Fall, dass keine internationale Konferenz über die Deutschlandfrage zustande kommen sollte, zur Verwirklichung eines Friedensvertrages für "ganz Deutschland" führen soll. So tönern die Füße auch sein mögen, auf denen eine solche "gesamtdeutsche" Konzeption des Ostens aufgebaut sein mag, auf die Dauer könnte sich ein solcher "gesamtdeutscher" Anspruch bei einem weiteren Andauern der Bonner Passivität verhängnisvoll auswirken. - 3 -

Dulles wurde überrumpelt

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Am Gegensatz zwischen der Forderung nach einer blossen Proklamation zur Ächtung der Atombombe und einer effektiven Kontrolle der Atomproduktionen aller Länder durch Untersuchungsausschüsse und Rüstungsüberwachungen sind die geheimen russisch-amerikanischen Verhandlungen über die von Eisenhower vorgeschlagene Atombank gescheitert. Die russische Zustimmung zur internationalen Atomkontrolle und zur weltweiten Abrüstung ist an die vorherige Ächtung der Atombombe gebunden. Die Amerikaner sprechen von der "papierernen" Ächtung und weisen diese Voraussetzung zurück. "Wer garantiert ohne Kontrolle der Vereinten Nationen, dass die Sowjets eine in Acht und Bann erklärte Waffe nicht dennoch produzieren?"

Die Verhandlungen über die Atombank und die weltweite Abrüstung sollen jetzt vor der UNO-Vollversammlung in New York wieder aufgenommen werden. Wjshinsky stimmte der Abhaltung öffentlicher Beratungen darüber zu und kündigte gleichzeitig wichtige Erklärungen an, die mit der Londoner Neun-Mächte-Konferenz in Beziehung stehen sollen. Es ist nicht zu bezweifeln, dass er genau wie Dulles bei seiner Rede über die Atombank versuchen wird, im Zusammenhang mit der Abrüstungsdebatte, für die ein neuer Vorschlag des französischen Delegierten Moch vorliegt, auch das Deutschlandproblem anzusprechen.

Es ist den westlichen Beobachtern unerklärlich geblieben, warum die Sowjets darauf bestanden haben, den geheimen Notenwechsel über die Atomkontrolle zu veröffentlichen. Seiner Eindruck auf die asiatischen Länder außerhalb der SEATO, die zu einer eigenen, bewusst antiamerikanischen Konferenz rüsten und auf das durch die Atombombenversuche erregte Japan hat dieser Notenwechsel nicht verfehlt. Die Amerikaner sind regelrecht überrumpelt worden. Dulles hatte vor der UNO-Vollversammlung gesagt, er sei bereit, die Dokumente zu veröffentlichen. Dabei hat er, wie von keinem Beobachter angezweifelt wurde, mit dem russischen Protest gerechnet. Prompt reagierten die Sowjets positiv und nun gab es für die amerikanische Regierung kein Zurück mehr. Die Folge ist ein abermaliger Stimmungsrückschlag für die USA in Ostasien.

Dort glaubt man, weil man dazu neigt, den Ausgleich mit den Kommunisten unter allen Umständen zu suchen, dass Amerika auf das russische Angebot zur Ächtung der Atombombe hätte eingehen können. Durch das Gegenteil werde erwiesen, dass die Amerikaner an der Aufrechterhaltung der Atomrüstung interessiert seien.

Außerdem geht aus dem Notenwechsel hervor, dass Rußland verlangt, auch China müsse die Ächtung der Atombombe unterschreiben. Dulles ist auf diese Forderung in seinen Antworten überhaupt nicht eingegangen. Diese starre Haltung wird von den asiatischen Ländern erst recht nicht verstanden. Wenn schon der Frieden durch kommunistische Angriffe so bedroht ist, dass man zur Abwehr Atomwaffen braucht, muß dann die Nichtanwendung dieser Waffen auf Formosa oder in Peking im Namen Chinas garantiert werden? Es überrascht nicht, dass Dulles dieser Frage auswich, aber seinem Ansehen hat es geschadet.

Jetzt haben die Sowjets erklärt, die Verhandlungsmöglichkeiten seien noch nicht ausgeschöpft. Indessen scheinen die Amerikaner die Absicht zu haben, wenn die russische Zustimmung ausbleibt, eine westliche Atombank zu errichten. Wenn Wjatschinsky den Erfahrungsschatz fürchtet, der dort vor allem für die Verwendung der Atomkraft auf industriellem Gebiet angehäuft wird, muß er in den nächsten Tagen eintreffen. Wahrscheinlich bleibt es aber bei der alten Ablehnung.

+ + +

"Lohnend für die Russen"

r. Nach einem Bericht des Evangelischen Pressedienstes hat Bundestagspräsident Dr. Ehlers auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Mülheim/Ruhr zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit eine "eiskalte Politik, die mit warmen Herzen getrieben wird" empfohlen und hinzugefügt: "Es wird auf eine vertragliche Vereinbarung mit den Russen hinauskommen, die dergestalt sein wird, dass es sich für sie lohnt."

Mit dieser Feststellung hat Dr. Ehlers den Kern der anscheinend (oder vielleicht nur scheinbar?) so unerhört verwickelten Problematik in den Beziehungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion berührt, soweit sie die deutsche Wiedervereinigung betreffen. Der gleiche Gedanke wenn meist auch anders ausgedrückt, ist seit Jahr und Tag ein wesentlicher Bestandteil der außenpolitischen Auffassungen in der Sozialdemokratie, die immer der Meinung war, zum Wesen einer friedlichen Vereinbarung gehöre es, dass der eine Teil von anderen nichts schlechthin Unzumutbares verlangt. Die Formulierung Dr. Ehlers, eine solche Vereinbarung müsse sich für die Russen lohnen, akzentuiert diesen Gedanken sogar noch nach der Seite des sowjetischen Interesses.

Aber was nützen Einsichten ohne Konsequenzen? Wo läge z.B. in einer vorbehaltlosen, auch militärischen Einbeziehung der Bundesrepublik in ein - wenn auch nicht aggressives - gegen die Sowjetunion gerichtetes Bündnissystem für die Russen das "Lohnende", um sie zur Zustimmung zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu veranlassen?

Die Bemerkung Dr. Ehlers in Mülheim ist nach der Wiedergabe der Quelle, die sie verbreitet, vom sozialdemokratischen Standpunkt aus so vernünftig und mit der Regierungspolitik so wenig vereinbar, dass man mit einem Dementi, einer "Klarstellung" oder etwas Ähnlichem eigentlich rechnen muß.

+ + +

Betrachtungen zu "Battle Royal"

dt - Hannover

Beobachter des großen NATO-Manövers "Battle Royal" im westfälischen Raum konnten das beruhigende Gefühl mit nach Hause nehmen, dass die NATO-Arsenale mit Atom-Bomben und ebensolchen Granaten gut gefüllt sein müssen. Denn die Anforderungen von solchen schwergewichtigen Errungenschaften zum Wenden des Schlachtenglücks häuften sich und die Manöverleitung schien sich nicht allzulange zu sträuben, wenn ein bedrängter Kommandeur einen Hilferuf ins Hauptquartier schickte. Aus der NAT-Perspektive mag es tröstlich sein zu wissen, dass ein Anruf im Hauptquartier genügt, und dass wenige Minuten später eine Atom-Granate abgefeuert wird. Hat die deutsche Öffentlichkeit Anlass, darüber ebenso getröstet zu sein?

Das Wörtchen "atomic", vor Beginn des Manövers in Besprechungen elektrisierend auf die Journalisten wirkend, dann verblissend, faszinierte bereits am zweiten Kampftag die deutschen Pressevertreter besonders, als sie zur abendlichen Manöverbesprechung in das Zelt mit dem Sandkasten kamen und östlich und westlich von Bielefeld je einen glaswollenen Rauchpilz stehen sahen, zwei explodierte Atomgranaten darstellend. Der Wirkungsbereich einer solchen Atomgranate ist ein Geheimnis, und so blieb den Journalisten nichts anderes übrig, als zu raten, ob die 100.000-Menschen-Stadt Bielefeld direkt im Inferno der Kernspaltung ausstrahlt, oder ob sie naträchlich von den mittelbaren Wirkungen einer Atombombe verheert wurde. Es waren keine erfreulichen Betrachtungen.

... lassen wir völlig außer acht

Indessen, das nicht verheimlichte Manöver-Thema sprach ausdrücklich von einem der Zahl nach überlegenen Angreifer ("Nordland") und einem Verteidiger ("Südland"), der das Handicap der Zahl und der Überraschung mit Atomwaffen ausgleichen sollte. Die deutsche Öffentlichkeit mußte also damit rechnen, dass die Generale über der westfälischen Landschaft Planspiele mit Atombomben veranstalten würde. Irappierend war dennoch die Unbefangenheit, mit der man (auf der Landkarte) einen förmlichen Atomregen über so dicht besiedelte Gebiete niedergehen ließ. Freilich war auch das angekündigt worden: "Das Problem der durch

Atomgeschosse verwundeten Zivilisten", so hatte General Gale, Oberbefehlshaber der Rheinarmee und Dirigent des Manövers, gesagt, "lassen wir völlig außer acht." Der Major, der täglich den Sandkasten bediente, hatte in seiner Requisitionenkammer nur vier glaswollene Rauchpilze; das gab zu den ungerührten Worten Gales den tröstlichen Hintergrund, dass an einem Tag nicht mehr als vier Atomgranaten oder Bomben explodieren konnten.

Als Theodor Blank, Sicherheitsbeauftragter der Bundesregierung und prominentester deutscher Manövergast, sich zusammen mit den Generalen Heusinger und Speidel am Sandkasten in die Manöver-Situation einweihen ließ, schloß der erläuternde Major mit der Feststellung, dass er für Fragen zur Verfügung stehe. Nur General Heusinger hatte eine Frage bereit: aus welcher Entfernung das Atomgeschütz geschossen habe und ob es vor dem Abschuss von einem feindlichen Flugzeug gesichtet worden sei. Nach den Zivilisten wurde nicht gefragt.

Es war alles nur ein Manöver, das bei den Atomwaffen sogar zum Planspiel degradiert wurde. Für die Kameras der Bild-, Wochenschau- und Fernsehreporter ließ man eine Atombomben-Atrappe hochgehen; das war der einzige echte Rauchpilz, der in diesen Tagen über der westfälischen Landschaft stand. Alle anderen Atom-Explosionen erfolgten auf dem Papier und wirkten sich nur in den Karten und am Sandkasten aus. Insofern könnte diese Betrachtung als Spiegelfechterei betrachtet werden. Sie ist es genau so wenig oder genau so viel, wie ein Manöver Spiegelfechterei ist. Dieselbe Kanone, die eben noch eine Übungsgranate abgefeuert hat, kann in der nächsten Minute eine scharfe Granate hinausjagen. Das Planspiel, heute wenig erfreuliche Theorie, kann morgen (angenommen erzwungenermaßen) aus der NATO-Schublade geholt und grausame Wirklichkeit werden. Was geschieht dann, wenn in Niedersachsen, Westfalen oder sonstwo auf deutschem Boden ein englischer, amerikanischer oder russischer General zu entscheiden hat, wann, wo und wie eine Atomwaffe eingesetzt wird? Was geschieht heute, da man auf militärischem Sektor durchaus bereits für den Ernstfall probt, auf "dem zivilen Sektor"? Wird es im Ernstfall auch heißen: "Den zivilen Sektor lassen wir völlig außer acht"?

Konsequenzen für Bonn

Eine verantwortungsbewusste Regierung darf die Wirklichkeit genau so wenig ignorieren wie die Militärs. Wenn die Generale Atomkrieg trainieren, dann hat die Regierung die Schuldigkeit, daraus Konsequenzen zu ziehen. Es wäre darum angezeigt, die Bundesregierung im Bundestag zu fragen, welche Folgerungen sie, die bei diesem Atom-Manöver mit der zweitstärksten aller Delegationen vertreten war, aus den Ergebnissen der "Battle Royal" gezogen hat. Die in Sennelager nebenher aus guter Quelle kolportierte Feststellung, dass dem amerikanischen Atomgeschütz eine deutsche Idee zugrundeliege, wiegt als Frost zu wenig. Schwerer wiegt das Menetekel, das der Tod des japanischen Flechers Aikichi Kubojama an die Wände des Sandkasten - Zeltes an dem Tage zeichnete, da sich über Bielefeld theoretisch ein Atomregen ergoss.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler